Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns im Dezember 2022 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

VIEL GLÜCK
& ERFOLG IM
NEUEN JAHR!

Lichael Vaufmann

PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB

WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

# KW 48: DIE WOCHE IM BUNDESTAG



29. November 22

### Vorweihnachtsszeitauch im Bundestag:

Heute gibt's zur Fraktionssitzung der Alternative für Deutschland im Reichstag eine Stollenspende aus Pulsnitz in Sachsen.

Vielen Dank dafür!

### PARLAMENTARISCHE SITZUNGSWOCHE

#### Mittwoch

#### Regierungsbefragung: Rede und Antwort steht Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger

- Thema: Die neu zu gründende Agentur DATI, die Gelder aus bislang direkt geflossenen Förderprogrammen poolt und dann erst auszahlt. Als Bindeglied zwischen den HAWs (früher Fachhochschulen) soll sie in den Regionen mit der Wirtschaft gezielt Ausgliederungen/Start-Ups fördern. Ein Schwerpunkt der Agentur soll hierbei vor allem auf sog. "Soziale Innovationen" gelegt werden, was bedeutet, dass die massiv heterogenisierte Gesellschaft sozioökonomische Problemstellungen schafft, deren Lösungen wohl in der angewandten Wissenschaft angesiedelt und gesteuert werden sollen.
- Dies warf viele kritische Fragen auf, und auch dem Abgeordneten Prof. Michael Kaufmann musste die Ministerin eingestehen, dass im Haushalt schon Mittel eingestellt wurden, obwohl die finale Konzeption immer noch nicht feststeht.
- Immer wieder Thema: Das "Absacken" des Bildungsniveaus, marode Schulen, Integrationsprobleme. Das Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen hatte erst Mitte des Jahres festgestellt, dass 30% der Viertklässler mittlerweile das Mindestniveau in der Rechtschreibung nicht erreichen.
- Dr. Götz Frömming, AfD, zitierte den Nationalen Bildungsbericht auf Seite 80: Zweiunddreißig Prozent der jungen Menschen ab 19 Jahre mit Migrationshintergrund haben keinen Bildungsabschluss, während dies in der restl. Bevölkerung nur 8% sind.
- Als Antwort zählte Frau Ministerin Stark-Watzinger das "Startchancenprogramm" und das "Gute-KITA-Gesetz" auf, und sagte sinngemäß, dass wir kein Problem mit dem Zuzug von Ausländern haben, sondern mit zu wenig ausgebildeten Lehrkräften.

#### Allgemeine Fragestunde mit Katja Keul, Staatsministerin im Auswärtigen Amt

- Tobias Peterka, AfD: Warum wurde beim G7-Gipfel in Münster das Kreuz im Friedenssaal abgehängt? Dies sei bei der Umgestaltung des Raumes aus technischen Gründen geschehen, so die Staatsministerin.
- Auch für die Intervention des CDU-Abgeordneten war dieses Thema interessant: Er berichtete, dass durch das Auswärtige Amt
  z.B. die Beratungskommission mit Vertretern von Kirchen und Religionsgemeinschaften beendet wird, dass "Religions for Peace"
  beendet wird, und dass das Referat 612 im AA "Religion und Außenpolitik" in Zukunft auf Religionsvertreter verzichten wird. All
  diese Vorgänge würden darauf hindeuten, dass diese Regierung die Ansiedlung einer religiösen und spirituellen internationalen
  Verständigungs- und Koordinierungsstelle im AA nicht mehr als notwendig erachtet.
- Auf die Frage von Prof. Michael Kaufmann, warum das AA der Lieferung von Ausrüstung für Kampfflugzeuge und Munition nach Saudi-Arabien zustimmt, wurde ausweichend geantwortet: "Vorgängerregierungen" hätten im Verbund mit europ. Partnern Kampfflugzeuge geliefert, und nun müssten entsprechend Munition und Ausrüstung nachgeliefert werden.
- Norbert Röttgen wollte wissen, ob die Iranischen Revolutionsgarden auf die Terrorliste kommen? Erneut folgte eine ausweichende Antwort: Die Terrorliste werde im EU-Kreis besprochen, dies benötige aber einen einstimmigen Beschluss. Sanktionen seien
  bereits verabschiedet und man überlege weitere Sanktionen, wie Ministerin Baerbock ja schon mehrfach in Reden im Plenum
  gefordert hätte.

#### Aktuelle Stunde auf Verlangen der Ampel-Koalition, Thema: China-Politik

- Die Beiträge der Ampel-Koalitionäre trieften vor Heuchelei angesichts der Verurteilung der aktuellen Corona-Restriktionen, die Auslöser von Massendemos und Gewalt in China sind.
- Jürgen Trittin, Bündnis90/DieGrünen: Null-Covid funktioniere nicht, weil zu wenige geimpft seien. Ferner sei die Immobilienblase geplatzt, Millionen Menschen hätten keine Wohnungen mehr, jede Menge Arbeitslose, gestörte Lieferketten, Zwangsarbeit in Fabriken. Sein Fazit: Man brauche eine neue Chinapolitik, die Globalisierung solle beendet werden, die Abhängigkeit von China ebenso. Diese "neuen" Erkenntnisse hätten auch einer Rede des US-Präsidenten Biden entlehnt sein können.
- Jürgen Braun, AfD thematisierte darauf das "Angst-Papier" des Innenministeriums vom April 2020 "Von Wuhan lernen": Dort wurden Horrorszenarien mit Millionen Todesopfern gezeichnet. Das von Otto Kölbel, einem erklärten "Fan" von Mao Tse-tung, verfasste Papier war deutsche Staatsraison in der Vorgängerregierung unter Merkel gewesen. Null-Covid und Null Toleranz gegenüber Ungeimpften, wie in China, hatten auch die Grünen und die Merkel-Regierung gefordert. Die Polizei hatte in Deutschland mit brachialer Gewalt Gesetze und Verordnungen durchgesetzt, so dass sogar der UN-Sonderbeauftragte für Folter, Nils Melzer, Anfang 2022 die Zustände in Deutschland kritisiert hatte. Davon wollen die Verantwortlichen heute nichts mehr wissen.

#### Antrag der Ampel-Koalition unter Beteiligung der CDU/CSU: Holodomor in der Ukraine (20/4681)

- Mit diesem Antrag konnte Russland, zwar anlasslos, aber ganz im Sinne der Russlandsanktionäre erneut getadelt werden.
- Das tatsächlich grausame Vorgehen der Stalin-Schergen in den Jahren 1932/33 gegen selbständige Bauern in der heutigen Ukraine wurde schließlich in der Abstimmung als Völkermord vom Bundestag anerkannt, AfD und Linke hatten sich enthalten.

#### AfD-Antrag 20/4036: Bewerbung Deutschlands um die Ausrichtung der kommenden Olympischen Winter- und Sommerspiele

• Der Antrag, Deutschland solle sich bei den kommenden Olympischen Winter- bzw. auch Sommerspielen um die Ausrichtung bewerben, da die Infrastruktur in großen Teilen vorhanden sei, wurde von der Ampel und der gesamten Opposition abgelehnt.

#### Donnerstag

#### Erhöhung der Erbschaftssteuer ab 2023 durch Neubewertung der Immobilienvermögen, wie es das Jahressteuergesetz vorsieht

- Durchschnittlich rechnet der Verband "Haus und Grund" mit Steigerungen von 20 bis 30 Prozent bei den Bewertungen von Immobilien.
- Albrecht Glaser, AfD: Die Erbschaftssteuer war immer prekär, sie stelle eine legalisierte Enteignung dar.

#### Der Antrag der CDU/CSU "Keine Erbschaftsteuererhöhung durch die Hintertür" (20/4674)

- Der Antrag fordert aufgrund der Neubewertung höhere Freibeträge.
- Albrecht Glaser fordert weitergehende Entlastung durch sofortige Anpassung der Wertgrenzen, aus denen sich die Tarifbelastung ergibt. Und aufgrund der beinahe galoppierenden Inflation eine Indexierung der Tarife.
- Der CDU-Antrag wurde von der Ampel zusammen mit den Linken abgelehnt, die AfD enthielt sich.

#### Ratifizierung des CETA-Abkommens

- Die "Scheindebatte" zum Thema, deren 2. Und 3. Lesung terminlich immer wieder verschoben wurde, endete in der namentlichen Abstimmung.
- Noch im Frühjahr hatten zwei NGOs und die Fraktion der Linken vor dem Bundesverfassungsgericht Beschwerde eingereicht, mit der Begründung, dass der Verbraucherschutz wirtschaftlichen Interessen geopfert werden könnte und die private Schiedsgerichtsbarkeit in staatliche Entscheidungshoheit eingreifen könne. 2016 hatten bundesweite Demonstrationen gegen CETA die politische Entscheidung auf Eis gelegt. Die GRÜNEN standen damals an der Speerspitze des Widerstandes.
- Das Bundesverfassungsgericht hatte die Beschwerde abgewiesen, zunächst allerdings aus formalen Gründen.
- In der Debatte im Bundestag entlarvte Julia Klöckner, flammende CETA-Befürworterin, die nicht nachvollziehbare Wende in der Überzeugung der GRÜNEN.
- AfD und LINKE waren sich in der Abstimmung gegen den Rest einig: CETA darf so nicht verabschiedet werden, unsere Demokratien sind in Gefahr.



#### Zwei Anträge der AfD (20/4672, 20/4668): Massive Steuersenkungen für Familien mit Kindern & steuerliches Familiensplitting

- Hierbei sollen Kinderfreibeträge mit integriert werden und dasselbe solle für Alleinerziehende gelten.
- Kinder großzuziehen gilt in unserer Gesellschaft wieder als Armutsrisiko, seit 50 Jahren wächst auch aus diesen Gründen das Geburtendefizit.
- Die Anträge wurden unisono "verrissen" und abgelehnt.

# Anträge der AfD: "Einrichtungsbezogene Impfpflicht abschaffen 20/1507" und "Impfnebenwirkungen aufklären und ernstnehmen 20/2567"

• Diese beiden wichtigen Anträge der AfD konnten nicht einmal öffentliche Aufmerksamkeit erlangen, denn sie wurden ohne Debatte abgewiesen.

#### Aktuelle Stunde auf Verlangen der CDU/CSU: Debatte zu den Plänen der Bundesregierung auf erleichterte Einbürgerung

- Vor Kurzem wurde die von Michael Kaufmann anlässlich der neuen Migrationskrise in Deutschland an die Bundesregierung gestellte Frage, ob es Studien über die Aufnahmegrenzen Deutschlands gebe, mit einem Achselzucken von der Bundesregierung beantwortet.
- Allen dramatischen Entwicklungen zum Trotz will die Bundesregierung nun den deutschen Pass noch schneller und mit herabgesetzten sprachlichen Hürden vergeben. Außerdem sollen mehrfache Staatsbürgerschaften akzeptiert werden.
- Dr. Gottfried Curio, AfD: Die ganzen Probleme der Zuwanderer wie erhöhte Kriminalität, überproportionaler Anteil an Sozialhilfe, Bildungsprobleme, all das will die Bundesregierung einfach per Handstreich in die deutsche Gesellschaft eingemeinden. (Man gehe in diesem Bericht kurz zurück zum Anfang bei der Befragung der Bildungsministerin. Götz Frömming hatte auf die Probleme der Migranten für das Bildungssystem hingewiesen, dieses wird nun aus der Statistik mehr und mehr verschwinden).
- Der deutsche Pass wird verramscht. Zitat Bertolt Brecht: Wäre es nicht einfacher, man löste das Volk auf und wählte ein anderes?

#### Änderung Art 82 Grundgesetz

- Art 82 des Grundgesetzes wurde mit 2/3 Mehrheit des Bundestages mit Zustimmung aller Fraktionen, mit Enthaltung der AfD geändert.
- Bundesgesetze und Verordnungen mussten bislang als verbindliche Papierfassung erfolgen, um amtliche Gültigkeit zu erlangen. Nun reicht die Verkündung auf einer digitalen Plattform des Bundes.

#### Gesetz zur Beschleunigung des Braunkohleausstiegs im Rheinischen Revier (20/4300)

- Mit der Mehrheit der Koalition gegen AfD und Linke in der namentlichen Abstimmung genehmigte der Bundestag dieses Gesetz.
- Damit wird das Ende der Braunkohleverstromung im Rheinischen Revier unter Leistung von Entschädigungen an die Betreiber schon bis 2030, anstatt bis 2038 erfolgen.
- Karsten Hilse, AfD: Noch am 31.01.2019 hatte der heutige Finanzminister Lindner den Kohleausstieg als direkten Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit und als Planwirtschaft und Bürokratismus gerügt. Heute kümmert ihn eine solche Aussage anscheinend nicht mehr.

#### Verabschiedung "Chancen-Aufenthaltsrecht"

- Das in erster Lesung von der "roten" Ampel-Koalition eingebrachte, heftig diskutierte Gesetz wurde nun in zweiter und dritter Lesung in namentlicher Abstimmung gegen AfD und CDU/CSU verabschiedet, die LINKE enthielt sich.
- Dieses Gesetz sieht vor, illegalen Ausländern nach 5 Jahren der Duldung ein Bleiberecht zu ermöglichen.
- In der ersten Debatte hatte ein fraktionsloser Abgeordneter so treffend formuliert: Das wäre, als wenn ein Schaffner im Zug auf einen Schwarzfahrer trifft und diesen dann legal weiterfahren lässt, weil er nun doch so lange schon schwarzgefahren sei.

#### Gesetz zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren (20/4327)

- Gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen beschloss das Parlament dieses von den Koalitionsfraktionen vorgelegtes Gesetz in geänderter Fassung.
- In aktuellen Befragungen hatten sich bereits 2/3 der Bevölkerung gegen eine solche Politik ausgesprochen.

#### Das sogenannte "Jahressteuergesetz 2022"

• Das bereits oben beim Thema Erbschaftssteuererwähnte Gesetz enthält Änderungen in vielen Bereichen.



- Positiv zu bewerten ist sicherlich die Anhebung des Sparerpauschbetrages (von 801 auf 1.000 für alleinstehende bzw. 1.602 auf 2.000 für Ehegatten), des Arbeitnehmerpauschbetrages um 30 € auf 1.230, der Grundrentenzuschlag, Änderungen zur Gebäude-Afa, Ausbildungsfreibetrag sowie Regelungen zum häuslichen Arbeitszimmer.
- Jörn König: Ein absoluter Tiefpunkt in der Geschichte ist, dass die 39 Änderungsvorlagen erst kurz vor der abschließenden Ausschusssitzung vorlagen, ein Antrag sogar erst 2 Minuten vor Sitzungsbeginn. Die Ampel nimmt nun den Landwirten die Möglichkeit, mehr zu verdienen durch Auslaufen der sog. Tarifglättung nach §32c, ohne jegliche Ersatzlösung.
- Der Skandal: Es gibt eine neue Steuer, den sog. EU-Energiekrisenbeitrag. Das ist die Übergewinnsteuer für Öl-, Gas- und Braunkohle in einer Tarnkappe, die LINKE hatte im September genau das gefordert und war krachend gescheitert.
- Die von der AfD beantragte namentliche Abstimmung zu diesem Einzelpunkt ging zugunsten des Gesetzesvorhabens aus, daher enthielt sich die AfD schließlich bei der Gesamtabstimmung zum Jahressteuergesetz 2022.

#### Freitag

#### Aktuelle Stunde auf Antrag der AfD, Thema: Radikalisierung der Klimaproteste

- Martin Hess, im bürgerlichen Leben Polizeihauptkommissar und Dozent an der Hochschule für Polizei in Baden Württemberg: Die Demokratie sei in Gefahr. Er warnte vor einer Klima-RAF und forderte harte Strafen gegen die selbsternannten "Klima-Aktivisten" (Beispielsweise habe ein Vertreter der "Letzte Generation" zum Tod der in Berlin überfahrenen Fahrradfahrerin aufgrund der Verspätung des Rettungswagens nur "shit happens" geäußert).
- Alle anderen Fraktionen konnten hier nur wieder den Teufel an die Wand malen:
- Julia Verlinden von den GRÜNEN berief sich etwa auf "Umweltwissenschaftler:innen", die bei nur 3 Grad Klimaerwärmung den Weltuntergang heranziehen sehen.
- Fazit der Woche: Der Wahnsinn des rot-grünen gesellschaftlichen Umbaus geht verdeckt oder offensichtlich und ohne Zustimmung der Regierten und Leidtragenden weiter.



#### 30. November 22

#### Bürgermobil vor Ort:

In der kommenden Woche werde ich wieder im Wahlkreis auf einer Kurztour für Sie unterwegs sein. Die Termine finden Sie links.

Pünktlich dazu gibt es die neue "Kaufmann Aktuell" frisch aus dem Druck.

Thema meiner Zeitung wird unter anderem "5 Krisen - 5 Lösungen" sein.

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 49 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB

PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB

WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

# **WAHLKREIS**



#### 05.12.22

Ich spende meine Diätenerhöhung, um zu helfen.

Durch Inflation und Energiepreisschock geraten viele wichtige gemeinnützige Projekte in Not.

Heute habe ich eine Spende an den "Tierschutzverein Saalfeld und Umgebung e.V." überreicht.

Finanzielle Not und die drastische Erhöhung der Tierarztkosten führen dazu, dass immer mehr Haustiere sich selbst überlassen bleiben. Der Tierschutzverein kümmert sich um diese Tiere.

Noch eine Bitte: Überlegen Sie genau, bevor Sie ein Tier anschaffen, ob Sie die Pflege langfristig leisten können, und lassen Sie Ihre Katze sterilisieren.



# **VERMISCHTES**



#### 08. Dezember 22

#### **Bundesweiter Warntag**

Mit aufheulenden Sirenen und Handy-Warnmeldungen führen Bund und Länder am heutigen Donnerstag einen sogenannten Warntag durch, um Katastrophenfälle zu proben. Doch nicht nur der Warntag-Flop im vergangenen Jahr, der sogar von der damaligen Innenministerin Faeser (SPD) als "fehlgeschlagen" bezeichnet wurde, zeigt deutlich: Vor nichts muss man so sehr warnen wie vor dieser Regierung! Und zwar gerade auch deshalb, weil viele Medien ihrer Aufgabe nicht nachkommen, sodass die Bürger nur in mikroskopischer Dosis vor den Gefahren dieser Politik gewarnt werden.

Ein besonders eindrückliches Beispiel für diese Tatsache ist der Fall des ermordeten 14-jährigen Mädchens Ece Sarihül, die im baden-württembergischen Illerkirchberg auf dem Schulweg mit dem Messer angegriffen wurde. Der Tatverdächtigte ist ein 27-jähriger Asyl-

bewerber aus Eritrea. Doch obwohl auch die Kommunen vor Überlastung warnen und die Kriminalitätsstatistiken speziell bei Einwanderern aus Eritrea keine Fragen offen lassen, bleibt die Ampel untätig. Mehr als 300.000 ausreisepflichtige Ausländer stehen nur 11.982 Abschiebungen im Jahr 2021 gegenüber. Was für eine skandalöse Kapitulation des Rechtsstaats, die von Jahr zu Jahr immer schlimmere Folgen nach sich zieht! Dabei liegen die Lösungsansätze auf der Hand: Grenzen schließen, illegale und nicht asylberechtigte Einwanderer abschieben, Geldleistungen in Sachleistungen umwandeln.

Warnen muss man aber auch sehr nachdrücklich vor der Energiepolitik der Bundesregierung. Ohne jeden Nutzen für unsere eigenen Interessen wird ein Wirtschaftskrieg gegen Russland unterstützt, der zu einer Explosion der Energiepreise führt. Die ideologisch motivierte Ablehnung der Kernkraft und ein Übermaß an Steuern und Abgaben tun ihr Übriges für die Entstehung von zweistelligen Inflationsraten. Deutschland ist auf dem Weg zur Deindustrialisierung – und der Ampel-Regierung ist es offensichtlich egal, wenn sie sich nicht sogar darüber freut. Sie fällt nicht nur tagespolitisch die falschen Entscheidungen, sondern macht auch hinsichtlich der langfristigen Herausforderungen ihre Hausaufgaben nicht: Das Bildungsniveau verfällt immer mehr, die Vernachlässigung der Familienförderung hält unvermindert an, der Abbau von nationalstaatlicher Souveränität gegenüber der EU nimmt immer mehr an Fahrt auf. Vor dieser politischen Vielfach-Katastrophe, die von der Ampel-Regierung vorangetrieben wird, kann man gar nicht genug warnen.

Klarer Fall: Der beste Katastrophenschutz gegen diese Entwicklungen ist die AfD!



#### 08.12.22

Zwei Dutzend Rentner werden in Handschellen abgeführt und die Journalisten wussten schon Tage vorher Bescheid, damit sie ihre Kameras in Position bringen können. Wovon will Faeser mit diesem unglaubwürdigen PR-Stunt ablenken? Bild: Screenshot von N-TV.de



#### 10.12.22

Deutschland und EU sind nur Mittelmaß: Unter den Top-20-Universitäten der Welt findet sich keine einzige aus Deutschland und nicht einmal eine einzige aus der EU. Immerhin gibt es auf dem europäischen Kontinent sieben von zwanzig Top-Universitäten - aber allesamt nicht in der EU.

Das ist eine Schande für Deutschland und für die EU. Der moralische Anspruch ist nicht zu überbieten, man belehrt andere auch gern. Dahinter steckt aber nur Mittelmaß. Früher waren deutsche und europäische Institutionen Weltspitze.

Die Gründe für den Abstieg liegen im Korruptionsdschungel der EU, in der einseitigen ideologischen Ausrichtung in Deutschland, am Geldmangel, am Niedergang von Kompetenz.

Es braucht eine alternative Politik, eine Zeitenwende hin zu Leistungsorientierung, zu Bestenauslese, zu großzügiger Anerkennung von Anstrengung und Spitzenklasse.

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 50 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

ICH WÜNSCHE IHNEN EINEN
BESINNLICHEN 4. ADVENT

ALIGNAL HAUFMANN, MAB

WWW. KAUFMANN-MICHAEL DE

# BUNDESTAG



#### 14. Dezember 22

#### Forschung benötigt dringend Planungssicherheit

Wissenschaft und Forschung brauchen langfristige Perspektive. Meine Rede zum Antrag der CDU/CSU "Hochschulen in Härtefallregelung aufnehmen …" (Drucksache 20/4874).

Der Antrag ist eine Fortsetzung der hektischen, kurzatmigen Rettungspolitik der Ampelkoalition, mit der diese selbstverursachte Probleme deckelt.

Wissenschaft und Forschung brauchen jedoch Verlässlichkeit und eine langfristige Perspektive.

Der Antrag wird im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung weiter beraten.

Das Video mit der Rede können Sie unter folgendem Link abrufen: https://www.facebook.com/watch/?v=1121360045222675



#### 16. Dezember 22

Die letzte Bundestagssitzung des Jahres 2022 ist beendet. Letzter Tagesordnungspunkt war unsere Aktuelle Stunde "Nebenwirkungen der Corona-Impfung sofort ernst nehmen". Auch im neuen Jahr wird die AfD-Fraktion dieses Thema weiter verfolgen.

### PARLAMENTARISCHE SITZUNGSWOCHE

#### Mittwoch

#### Regierungserklärung von Kanzler Scholz zum EU-ASEAN-Gipfel und EU-Rat

- Das Schlagwort "Globalisierung" hat ausgedient, jetzt lautet die Ansage: Die Welt im 21. Jahrhundert wird eine multipolare Welt sein. Ferner: Das Ölembargo gegen Russland ist in Kraft, die EU wird der Ukraine im kommenden Jahr 18 Mrd. EUR zur Verfügung stellen "für alles, was sie braucht…", so z.B. Artillerie- und Flugabwehrsysteme und Gepard-Flak-Panzer aus Deutschland. In der NATO haben wir uns verteidigungspolitisch neu ausgerichtet und "wir werden, falls nötig, jeden einzelnen qm des Gebietes verteidigen, dafür haben wir das 100-Mrd.Paket beschlossen."
- In einem Wort: Aufrüstung und Waffenlieferung in Kriegsgebiete vor der Haustüre = Friedenssicherung.
- In dieser Woche wurden die Westbalkanländer Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Serbien und Nordmazedonien zu EU-Beitrittskandidaten erklärt. Scholz wörtlich: "Es ist in unserem Interesse, dass der westl. Balkan Teil der EU wird."
- Friedrich Merz, im Anschluss in seiner Rede: Putin und seine Schergen müssen bekämpft werden, es fehle an Schützenpanzern und Kampfpanzern, die wir unter anderem auch aus Beständen der Industrie liefern können. Außerdem mahnte er die Bundesregierung an, ein Freihandelsabkommen der EU mit den USA voranzubringen und MERCOSUR zum Abschluss zu bringen.
- Tino Chrupalla, AfD: "Wir brauchen internationale Zusammenarbeit auf Augenhöhe, und keine ideologischen Scheuklappen, [...] schon gar nicht eine Sanktionspolitik im Namen der sog. "Feministischen Außenpolitik" [...]"

#### Aktuelle Stunde auf Antrag der Ampel-Koalition, Thema: Bedrohung durch Netzwerke von Reichsbürgern und Rechtsextremisten

- Ein willkommener Anlass, die AfD zu beschädigen: Die SPD bezeichnete die AfD als "Feinde der Demokratie", die GRÜNEN nannten die AfD einen "Brandbeschleuniger"
- Nancy Faeser, Innenministerin: 23.000 Reichsbürger zähle der Verfassungsschutz.
- Gem. Gottfried Curio, AfD, sind davon max. 2.000 gewaltbereit.
- Faeser wirft im Verlauf ihrer Rede Querdenker, rechtsextreme Gruppierungen, Verschwörungstheoretiker und Corona-Leugner in einen Topf, steigert die angebliche Gefahrensituation ins Unermessliche, und plant einen großen Rundumschlag:
- Verschärfung des Waffengesetzes, Prävention bereits in KITAS, Verschärfung des Disziplinarrechts im Öffentlichen Dienst, "schnellere Verfahren, auch bei Volksverhetzungsdelikten".
- Gottfried Curio, AfD: Das einzige, was an diesem Operettenputsch so Medien professionell war, war die PR-Operation des Innenministeriums.

#### 2. & 3. Lesung des Antrages der Ampel 20/4332: Dauerhafte finanzielle Unterstützung des EU-Beitrittskandidaten Moldau

- Inhalt unter anderem: Seit dem völkerrechtswidrigen und brutalen Überfall Russlands am 24. Februar 2022 auf die Ukraine und imperialistischen Äußerungen der russischen Staatsführung mit Blick auf die Nachbarländer Russlands sehe sich die Republik Moldau in ihrer Sicherheit bedroht.
- · Der Antrag wurde angenommen.
- Die AfD stimmte dagegen.
- Markus Frohnmaier, AfD, in einer Pressemitteilung zum EU-Beitrittskandidaten Bosnien-Herzegowina: Das Land liege auf dem Korruptionswahrnehmungsindex auf einem Level mit Gambia und Sierra Leone. Die Entwicklungshilfe hätte wegen Unregelmäßigkeiten bereits mehrfach eingefroren werden müssen. Bosnien sei nicht einmal in der Lage, Regierungsverhandlungen mit der Bundesrepublik zu vereinbaren.

#### 1. Lesung und Beratung des CDU-Antrages 20/4874: "Schutzschirm für wissenschaftlichen Nachwuchs spannen",

- Dieser Antrag will Hochschulen in die Härtefallregelung der Energiepreisbremse mit einbeziehen.
- Nach "Notfallfonds einrichten, um Schaden vom deutschen Wissenschaftssystem abzuwehren", der zweite Antrag der CDU/CSU, der nur Stückwerk ist. In Gefahr sind Plasmalabore, Teilchenbeschleuniger, auch Tierlabore und Hochleistungsrechner.
- Prof. Michael Kaufmann führte in seiner Rede aus, dass aktuell aber auch beim Personal gespart werden müsse und kluge Köpfe,
   Ingenieure und Knowhow verloren gingen. Er forderte: kein Forschungsprojekt darf verloren gehen und keine Stelle gestrichen werden!
- Der Antrag wurde an den Ausschuss überwiesen.

#### Antrag der AfD 20/4871 "Transparenz bei Straftaten mit dem Tatmittel Messer".

- Anlass ist das brutale Verbrechen an dem türkischen Mädchen in Illerkirchberg. Nicht nur, dass diese Straftaten ein unerträgliches Ausmaß angenommen haben, diesbezüglich braucht es lückenlose Erfassung der Straftaten sowie der Täter, kategorisiert
  nach Nationalität und bei deutschen Straftätern auch aufgeschlüsselt nach Migrationshintergrund.
- "Die Migrationspolitik in diesem Land tötet Menschen", so Martin Hess, AfD, in seiner Rede.

#### Donnerstag

# 2. und 3. Lesung des Gesetzes "zur Einführung von Preisbremsen für leitungsgebundenes Erdgas und Wärme und zur Änderung sonstiger Vorschriften"

- Strom- und Gaspreisbremse: In namentlicher Abstimmung wurde das Gesetz letztendlich verabschiedet, nachdem einige Zeit zuvor auch das 200-Mrd.-Paket problemlos den Bundestag passiert hatte.
- "Die Schädigung der Deutschland AG geht weiter", so Steffen Kotré, AfD, in seiner Rede.
- Marc Bernhard, AfD: "Sie h\u00e4tten sofort mit Kriegsbeginn handeln m\u00fcssen, den Ausstieg aus Kernenergie und Kohle stoppen und alle zuvor abgeschalteten KKW sofort wieder ans Netz nehmen m\u00fcssen. Sie haben diese aktuelle Notlage, sei es mutwillig oder durch Unf\u00e4higkeit sehenden Auges herbeigef\u00fchrt....Von Ihrem sog. Abwehrschirm kostet allein die Strom- und Gaspreisbremse 100 Mrd. \u220e j\u00e4hrlich. Das ist eine Steuerverbrennungsmaschine, denn die Menschen m\u00fcssen immer noch f\u00fcr 80% ihres Verbrauches den dreifachen Gaspreis des letzten Jahres bezahlen."
- Die AfD enthielt sich bei der Abstimmung.

#### Antraq der CDU 20/3930 "Iranische Protestbewegung - Frauenorientierte Außenpolitik"

- Der CDU- Antrag hatte keinen Erfolg. Er forderte, die EU müsse ins Handeln kommen und auch das Mullah-Regime auf die internationale Terrorliste setzen.
- Redner Jürgen Hardt, CDU: Iran ist ein Waffenlieferant und Verbündeter von Russland.
- Jürgen Braun, AfD: Als die Union regierte, half sie dem islamistischen Iran. Sie stimmte lauthals mit den GRÜNEN in das Geschrei gegen Donald Trump ein, der aus dem Atomabkommen mit dem Iran ausstieg und die Regierung in Teheran ein Terror-Regime nannte. Und weiter: "Baerbock hat die islamistische Revolutionsgarde noch immer nicht als Terrororganisation eingestuft."

#### In drei Anträgen der AfD & einem Antrag der Linken wurde die Rettung der Arbeitsplätze der Raffinierie Schwedt gefordert

- Die Linken wollten eine Transformation
- Die AfD forderte eine Wiederherstellung der Vollauslastung von Schwedt und die Verhinderung der Deindustrialisierung Deutschlands.
- · Alle Anträge blieben erfolglos, was nach Beschluss des Erdölembargos gegen Russland kaum verwundert.

#### Ablehnung eines stellvertretenden Bundestagspräsidenten sowie eines Mitglieds im Parlamentarischen Kontrollgremium

• Die Einheitsfront aus Rot, Grün, Gelb, Schwarz und Lila lehnte erneut die demokratische Teilhabe der AfD in Form eines stellvertretenden Bundestagspräsidenten sowie eines Mitglieds im Parlamentarischen Kontrollgremium ab.

#### Antrag Nr. 20/4876 der CDU: Aussetzung des verabschiedeten Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) zum 1. Jan 2023

- Die CDU fordert die Aussetzung und stattdessen Verschiebung des Gesetzes auf den 1. Jan. 2025, um die Belastung für die mittelständische Wirtschaft in der krisengeschüttelten Zeit zu minimieren.
- Der Antrag wurde nach Debatte in den Ausschuss Arbeit und Soziales überwiesen.

#### Antrag 20/4588 der LINKEN "Gute Wissenschaft braucht gute Arbeitsbedingungen – Kettenbefristungen beenden"

- Dr. Marc Jongen, AfD: Durch die Befristungen der Arbeitsverhältnisse "unterhalb des Professors" würden Kinderwünsche aufgeschoben und oftmals eigene Meinungen unterdrückt, um eine Verlängerung des Arbeitsvertrages nicht zu gefährden. Aber der Linken-Antrag fände für das richtige Problem mal wieder die falschen Lösungen: Weder die Förderung von Frauenstellen, noch vom Staat getragene unbefristete Arbeitsverhältnisse würden auf Dauer das gewünschte Ergebnis bringen. Man müsse z.B. wegkommen vom Akademisierungswahn, und berufliche Bildung müsse aufgewertet werden, um ein passendes Verhältnis von akademischen Stellen und Nachfragern herzustellen.
- Der Antrag wurde nach Debatte an den Ausschuss Bildung, Forschung & Technikfolgenabschätzung überwiesen.

#### CDU-Antrag 20/4879, Thema: Verlängerung für die Beantragung des sog. Umweltbonus für E-Fahrzeuge bis Juni 2023

- Der sog. Umweltbonus für die Anschaffung von Elektrofahrzeugen läuft ab 1. Jan. aus bzw. wird massiv reduziert, die CDU fordert in ihrem Antrag eine Verlängerung für die Beantragung bis Juni 2023 (solange man eine Fahrgestellnummer vorweisen könne).
- Die AfD lehnt dies ab.
- Es erfolgte Überweisung an den Wirtschaftsausschuss.

#### Zwei Anträge der AfD (20/4894 und 20/4895) zum Thema Gendersprache und deren Auswirkungen

- Die AfD fordert die Untersuchung der Auswirkungen geschlechterangepasster Sprache und im Übrigen die Beibehaltung des generischen Maskulin.
- Die Anträge wurden nach Debatte an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend überwiesen.

#### Freitag

#### Die AfD thematisiert erneut eindringlich die Verfehlungen der Bundesregierung im Zusammenhang mit Corona.

- Anfang der Woche hatte Martin Sichert, AfD, in einer Pressekonferenz der AfD-Fraktion das Ergebnis einer akribischen und fast detektivischen Arbeit aufgedeckt. Es hätte ein Paukenschlag sein sollen, der die gesamt Republik erschüttert:
- Durch Nachbohren und Recherchieren hatte er mit seinem Team Sterbedaten der Kassenärztlichen Vereinigung aus den Jahren 2016 bis 1. Quartal 2022 erlangt und diese in Stabdiagrammen anschaulich ausgewertet.
- Zwei Dinge sind hierbei als skandalös erkennbar geworden:
- Das PEI und Robert-Koch-Institut waren ihren gesetzlichen Verpflichtungen gem. §13 Abs. 5 Infektionsschutzgesetz nicht nachgekommen, diese Daten regelmäßig auszuwerten, und haben das seit zwei Jahren versäumt.



- Die KBV hätten diese Daten gem. Vorgabe zu übermitteln gehabt. Und: Die Sterbedaten mit den ICD-Codes betreffend "nicht feststellbarer Todesursache" sind seit 2021 um quasi das 1000fache angestiegen. Betont werden muss hierbei, dass es weder sog. Corona-Tote sind, noch sonstige Todesursachen, die anderen Codes zugeordnet werden können, sondern schlichtweg ungeklärte Todesursachen mit Todesfolge innerhalb weniger als 24 Stunden nach Beginn der Symptome.
- Der Paukenschlag in der Öffentlichkeit blieb aus.

# Drei Anträge der AfD erfolgten auch aufgrund erwähnter Faktenlage, die diesen dramatischen Anstieg der unbekannten Todesursachen ausweist:

- In Gesetzesantrag 20/4892 forderte die AfD die Änderung des IfSG und sofortige Aussetzung der Maskenpflicht im Öffentlichen Fernverkehr
- Mit Antrag 20/4891 forderte sie die Umsetzung dieser Gesetzesänderung.
- Mit Antrag 20/4893 forderte sie die Aussetzung der Corona-Impfung bei Minderjährigen.
- Nach nur einer halben Stunde wurden die Anträge an den Gesundheitsausschuss überwiesen.

#### Aktuelle Stunde auf Antrag der AfD, Thema: Nebenwirkungen der Corona-Impfung

- Martin Sichert brachte das Verfehlen der Bundesregierung nochmals deutlich zur Aussprache: Angeblich wegen einer fehlenden Schnittstelle kamen die Behörden nicht ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Einholung der Daten und Auswertung in den letzten beiden Jahren nach. Es bedürfe einer umfassenden Aufklärung dieses Skandals.
- In den Reden der Kollegen der anderen Parteien wurden diese Tatsachen jedoch ignoriert.



Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in den Kalenderwochen 51 & 52 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

# **JAHRESRÜCKBLICK**



#### 31. Dezember 22

#### Mein Jahresrückblick 2022

Ein aufregendes Jahr 2022 geht zu Ende. Nebenstehend sehen Sie meinen Jahresrückblick mit der Hoffnung auf ein besseres Jahr 2023.

Weiter geht es! Mit Elan und Tatkraft für eine gute Zukunft, für unser Deutschland. Das Video können Sie in gesamter Länge unter folgendem Link abrufen:

https://www.facebook.com/ watch/?v=5900069876706341

# **BENEDIKT XVI**



#### 31. Dezember 22

#### Benedikt XVI

Das Foto habe ich am 23. September 2011 in Etzelsbach gemacht, beim ersten Besuch eines Papstes in Thüringen seit 2000 Jahren. Ich gehöre zwar nicht der Katholischen Kirche an, doch diese Begegnung mit einem großen Denker und Theologen wollte ich mir nicht entgehen lassen. 90.000 waren mit mir dort - vielleicht die größte religiöse Veranstaltung aller Zeiten in Thüringen.

Einen Tag vorher hatte Benedikt XVI. in seiner Rede im Bundestag die Politiker mit dem Ausspruch von Augustinus gewarnt: "Nimm das Recht weg – was ist dann ein Staat noch anderes als eine große Räuberbande".

Joseph Ratzinger war ein Verteidiger abendländischer Ideen und Werte, der Glaube und Vernunft zusammen dachte. Er erinnerte die Menschen an ihre Grenzen und an altbekannte Wahrheiten und errang sich damit die Feindschaft selbsternannter "Progressiver". Ein Kirchenführer wie Benedikt XVI. ist in der Kirche nötiger denn je.

Heute ist er verstorben, doch sein Vermächtnis in Wort und Schrift lebt weiter.

### **KOMMENDE TERMINE:**









Prof. Dr.-Ing.

# Michael Kaufmann, MdB

www.Kaufmann-Michael.de







**f** @AfDKaufmann



@KaufmannAfD



V.i.S.d.P. Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227 73557 Fax: +49 30 227 23 73557